

Rückkehr nach Europa: Europas Hinterhof Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

„Europa“ war in der integrationspolitischen Literatur und insbesondere im Sprachgebrauch der politikwissenschaftlichen Europaforschung bis 1989 eher ein Synonym für Westeuropa.

Mit dem Beginn der osteuropäischen Systemumbrüche hat sich daran vorerst wenig geändert.¹ Allerdings wurde die EG vom Beginn dieser Umbrüche – nach der Überwindung der Welle von Euroskepsis am Anfang der achtziger Jahre – unvorbereitet in einer ihrer bisher dynamischsten Integrationsperioden getroffen. Insbesondere in den ostmitteleuropäischen Staaten wird nunmehr die freudig antizipierte „Rückkehr nach Europa“, vor allem die in ostmitteleuropäischen Regierungsprogrammen angestrebte EG-Mitgliedschaft, als die endliche Realisation der Einführung von Demokratie und Markt visionär gehandelt. Inwieweit es sich dabei um die Entstehung des Integrationsraumes „Gesamteuropa“² oder um die Bildung eines europäischen Hinterhofes³ handelt, soll im folgenden vor dem Hintergrund des kooperationspolitischen Engagements der EG in Ostmitteleuropa diskutiert werden.

1. Der Ausgangspunkt von Kooperation

Nach dem Ende des als Systemkonkurrenz verstandenen Ost-West-Konflikts kann von einer komplexen und konfliktträchtigen Interessenverflechtung zwischen Westeuropa und Osteuropa gesprochen werden, die sich aus der grenzüberschreitenden Qualität der Transformationsprobleme ergibt und eine kooperationspolitische Herausforderung für die EG qua geographischer Nähe darstellt. Damit läßt sich die Auffassung begründen, daß im Gefolge der Veränderungen in Osteuropa die Chancen zur kooperativen Bearbeitung von Konflikten erhöht wurden. Nachdem die Blocklogik des Ost-West-Konflikts Kooperation erschwerte, stellt sich nunmehr eher das Problem der Instabilität der osteuropäischen Kooperationspartner als Schranke der Kooperationsfähigkeit dieser Staaten.

Die Betroffenheit der EG-Mitgliedsstaaten und anderer westeuropäischer Staaten sowie die Strukturiertheit der Interessen stellen sich folgendermaßen dar:

a) *Entwicklungspolitische Interessen* lassen es angesichts der in den Nachfolgestaaten der UdSSR kumulierenden Konflikte und Chaospotentiale⁴ als naheliegend erscheinen, insbesondere die ostmitteleuropäischen Staaten als Entwicklungsmodelle erfolgreicher Transformation für die östlichen Nachahmer zu unterstützen. Wenn die Gefahr besteht, daß sich in Osteuropa Gesellschaften des Typs „Kapitalismus ohne Demokratie“ entwickeln⁵, und wenn die Möglichkeit zur Minderung dieser Gefahr durch kooperationspolitisches Engagement besteht, dann ist das entwicklungspolitische Motiv westlicher Demokratien zur Unterstützung der Demokratisierung im Osten mit der empirischen Einsicht verbunden, daß Demokratien untereinander eine geringere Bereitschaft zur Gewaltanwendung im internationalen System zeigen, als Nichtdemokratien.

b) Die Transformationskrise in Osteuropa kann starke *Migrationsbewegungen* auslösen. Abgesehen von dem noch unklaren Ausmaß und den nicht monokausal zu bestimmenden Ursachen der Migrationsströme⁶, können die beträchtlichen Wohlstandsdisparitäten in Verbindung mit dem krisenhaften Verlauf des Wandels zur Lösung traditioneller regionaler Bindungen und zur Migrationsbereitschaft führen.

c) Die infolge veralteter Risikotechnologien und einer hochgradig chemieintensiven Bewirtschaftungsweise landwirtschaftlicher Nutzflächen in Osteuropa erzeugten grenzüberschreitenden *ökologischen Probleme*⁷ stellen eine beträchtliche innenpolitische Herausforderung für die Staaten Westeuropas dar, zumal diese im Unterschied zu Osteuropa über eine sensibilisierte und kritische Öffentlichkeit für ökologische Gefahren verfügen. Andererseits führt ein wachsendes ökologisches Bewußtsein in osteuropäischen Staaten dazu, daß die Praxis der Externalisierung von Umweltschäden beispielsweise durch westeuropäische Giftmüllexporte zunehmend verunmöglicht wird. Fragen wie: „Wer trägt welchen Anteil an den Kosten der Reinhaltung von Luft und Gewässern“ öffnen sich einer politischen Bearbeitungsweise, die zur Zeit des Systemkonflikts undenkbar gewesen wäre⁸.

d) *Friedenspolitische Interessen* lassen das von einer beträchtlichen Asymmetrie gekennzeichnete neue Machtgefälle zwischen West und Ost als gewaltträchtig erscheinen. Zumal auch die Möglichkeit eines negativen „spil-over“-Effekts vom sicherheitspolitischen Bereich in andere schon integrierte Bereiche bedacht werden muß. Nicht nur in einer neorealistischen Sichtweise bieten symmetrische Potentiale die Chance einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Eine Hegemonisierung der Instabilitätszone und den exklusiven Ausbau der

WEU zum militärische Arm der EG vermeidend, versucht der NATO-Kooperationsrat die ehemaligen Gegner in ein System kooperativer Sicherheit einzubeziehen.⁹ Das Interesse der osteuropäischen Staaten an einer möglichst schnellen Integration in westliche Sicherheitsstrukturen unterstreicht die verflochtene Interessenlage.¹⁰

e) Bei einer ungebremsten Peripherisierung Osteuropas werden sich Desintegrationsprozesse und der Zerfall der politischen Strukturen in autoritären Verarbeitungsmustern entladen.¹¹ Autoritäre Systeme neigen dazu, eigene Fehlleistungen durch Konflikte im internationalen System zu ventilieren. Der Entspannungsprozeß könnte sich als umkehrbar erweisen. Europa würde mit allen investitionspolitischen Konsequenzen für die westeuropäischen Wirtschaftsstandorte zum instabilsten Kontinent. Andererseits würden bei einer erfolgreichen *Induktion ökonomischer Prosperität* in Osteuropa¹², gerade die westeuropäischen Volkswirtschaften von der Marktnähe zu dieser potentiellen Wachstumsregion beträchtlich profitieren.

Diese komplexe Interessenverflechtung zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten und der EG äußert sich als Verflechtungsdilemma.¹³ Damit ist der Ausgangspunkt von Kooperation bestimmt: Durch die interdependente Struktur wird der Regelungsbedarf im Konfliktfeld aufgebaut.¹⁴

In den Politikfeldern Ökologie und Migration kann von einem beträchtlichen Chaospotential der osteuropäischen Staaten gesprochen werden. Die nationalstaatlichen Kapazitäten zur Bearbeitung des Konfliktpotentials dieser asymmetrischen Interdependenz sind erschöpft.¹⁵ Da nur wahrgenommene Interessen als kooperationsrelevant bezeichnet werden können, kann der so bestimmte Ausgangspunkt jedoch nicht objektivistisch verstanden werden. Die Herausbildung von „konsensuellem Wissen“ gewinnt an entscheidender Bedeutung für die Kooperationsneigung.¹⁶

Die Steuerungskapazität der einzelnen Akteure erlaubt nicht die Erzeugung der erstrebten Güter, seien es Umweltschutz und Sicherheit auf der Seite der EG-Staaten oder die Unterstützung vor allem der ökonomischen Transformation auf der Seite der postkommunistischen Staaten. Die Summe der unkoordinierten Aktionen der nationalen Akteure ergibt unbefriedigende Resultate für alle.

Die Verwirklichung der Ziele der beteiligten Akteure hängt schließlich vom Verhalten aller ab.¹⁷ Das ausgeprägte Eigeninteresse beider Seiten macht die Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele entscheidend von Kooperation abhängig.

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

Internationale Regime¹⁸ können diesbezüglich als Bearbeitungsmechanismen für sektorale Interdependenzprobleme aufgefaßt werden, die aufgrund der von Krasner herausgearbeiteten Elemente (Prinzipien, Normen, Regeln, Entscheidungsprozeduren) mit ihrer Dauerhaftigkeit die Berechenbarkeit und die Problemlösungskapazität der Akteure erhöhen. Dies geschieht, indem die genannten Elemente innerhalb eines Politikfeldes ein Regelwerk bilden, woderch das Verhalten der Kooperationspartner sich ändert und anders wird als das bloß durch Machtinputs und Interessenstrukturen erzeugte. Dergestalt können einmal entstandene Internationale Regime die Kooperation internationaler Akteure hinsichtlich der Erzeugung kollektiven Nutzens verbessern, wodurch sie spontanen Regulierungen überlegen sind.

2. Rückkehr durch Kooperation

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mußte die Rolle ökonomischer und politischer Kooperation neu definiert werden. Infolge der langen Abschottungspolitik der ostmitteleuropäischen Länder im Schlepptau des sowjetischen RGW-bezogen Autarkiestrebens, aber auch aufgrund nichtkonvertibler Währungen und einer permanenten Devisenknappheit, fand der Ost-West-Konflikt auch einen handelspolitischen Niederschlag.

Als Folge des Rückzugs der UdSSR von ihrer Hegemonialposition kam es zu einem raschen Auseinanderbrechen des an dieser Hegemonialmacht orientierten außenwirtschaftlichen Kooperationsmechanismus. Die bereits für das Jahr 1989 manifest werdenden Unterschiede signalisierten den Regelungsbedarf, der sich handelspolitisch in Gestalt einer raschen EG-Orientierung der Reformländer artikulierte: Obwohl nur rund 5 Prozent der Ex- und Importe der EG mit Nicht-EG-Ländern auf Osteuropa entfielen, absorbierte die Gemeinschaft 17 Prozent der gesamten Exporte und lieferte 15 Prozent der gesamten Importe.¹⁹

Das PHARE-Programm

Für den Westen wurde schon am Beginn der politischen und wirtschaftlichen Systemumbrüche in Osteuropa die Frage vordringlich, in welcher Form und welcher Höhe Hilfe und Unterstützung bereitgestellt werden sollte.

Für die Hilfe der G 24 wurde unter der Regie der EG 1989 der Begriff PHARE (Poland and Hungary Assistance for Restructuring of the Economy) eingeführt, der in der französischen Fassung „Leuchtturm“ bedeutet und keine Beschränkung des Programms auf die anfänglichen und im Nauen des

Programms festgehaltenen Empfängerländer impliziert. Die Kommission der EG wurde zusätzlich zur Koordination auch mit der Entwicklung und Durchführung des Programms beauftragt.²⁰ Diese Entscheidung wies auf die neue Rolle der EG als europäische Gestaltungsmacht hin.

PHARE wurde seit 1990 auf weitere Staaten ausgedehnt. Gelegentlich wird PHARE mit der gesamten westlichen Wirtschaftshilfe gleichgesetzt. Das Programm ist aber eine besondere Gemeinschaftsaktion, die die sich entwickelnde Kooperationspolitik durch finanzielle und technische Zusammenarbeit flankiert.

Ziel des PHARE-Programms²¹ ist die kurz- und mittelfristige Unterstützung des ökonomischen Systemwandels. Insbesondere die Abschaffung staatlicher Monopole und die Umstrukturierung sowie Privatisierung staatlicher Unternehmen im Rahmen der Entwicklung bzw. Wiedererrichtung einer marktwirtschaftlich geordneten Volkswirtschaft stehen dabei im Mittelpunkt. Die Verwirklichung dieses Ziels erfolgt vorrangig durch die Bereitstellung von Zahlungsbilanzkrediten wie auch durch die Implementation sektoraler Programme. Im Bereich der technischen Zusammenarbeit dominieren jedoch nicht rückzahlbare Zuschüsse.²²

Die PHARE-Hilfe für 1991/92 wurde dagegen im Unterschied zu den eher pragmatisch-kurzfristigen Hilfsprogrammen des ersten Jahres so konzipiert, daß eine Konzentration auf die systematische und langfristige Unterstützung der nationalen Transformationsprozesse möglich wurde.²³

PHARE berücksichtigt auch die Bedeutung der Aufrechterhaltung eines sozialen Mindestkonsensus für den Erfolg der ökonomischen Transformation, indem den Empfängerstaaten Programme zum Aufbau eines sozialen Sicherungsnetzes und zur Modernisierung und Restrukturierung verschiedener diesbezüglicher Policyebenen (Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung) angeboten werden. Insgesamt wurden von 1990 bis 1992 625 Mio. ECU im Rahmen von PHARE für die soziale Dimension des Systemwandels zu Verfügung gestellt. Die sozialpolitische Kompetenz von PHARE muß jedoch im Rahmen der bisher implementierten Programme beschränkt bleiben, da eine umfassende Lösung der sozialpolitischen Transformationsprobleme an den Wandel der Arbeits- und Lebensbedingungen gebunden ist.

Die Erfahrungen langjähriger Elitenförderung in der Entwicklungspolitik gegenüber afrikanischen Staaten haben im Zusammenhang mit der Kenntnisaufnahme der Spezifika postkommunistischer Gesellschaften einen Lernprozeß auf Seiten der EG bewirkt, so daß insbesondere die Bedeutung der Unterstützung intermediärer Organisationen für die Implementation wirksamer Hilfsprogramme anerkannt wird.²⁴

Am 16. November 1992 beschloß der EG-Ministerrat die Eingliederung

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

des PHARE-Programms in eine Mehrjahresstrategie, durch die in Verbindung mit den Assoziierungsverträgen die Fortsetzung des Programms im Rahmen der EG-Ostkooperationspolitik gesichert wird. Bereits auf der Grundlage dieser Leitlinien bestimmte die Kommission die Prioritäten des Programms für den Zeitraum 1993–1997.

Die PHARE-Mittel – 1993 werden 1040 Mio. ECU²⁵ ausgegeben – sind weder als Abstützung der wirtschaftlichen Situation eines Empfängerlandes oder als Deckung seines allgemeinen Finanz- und Investitionsbedarfs²⁶ geplant. Solche Aufgaben würden die Möglichkeiten der PHARE-Zuschüsse deutlich übersteigen, zudem fallen sie unter die Zuständigkeiten anderer Institutionen (z.B. IWF, Weltbank, EBRD etc.). PHARE war als „Leuchtturm“ für die ostmitteleuropäischen Länder auf deren „Rückweg nach Europa“ gedacht, mit dem die übrigen westlichen Hilfsmaßnahmen zur Abstützung der ökonomischen Transformation durch finanzielle und technische Abstützung nur ergänzt werden sollen. Insofern ist PHARE als ein Element der EG-Ostkooperationspolitik nicht losgelöst von den anderen Regimeelementen zu sehen. Anders könnte nicht untersucht werden, ob der „Leuchtturm“ vielleicht doch nur eine abendländische Festbeleuchtung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für westeuropäische Beratungsfirmen ist.²⁷

Die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)

Waren die anfänglich noch ungetrübten Hoffnungen in Ostmitteleuropa auf einen baldigen Zustrom privater Direktinvestitionen und weitere Kredite gerichtet, so wurden die Reformeliten dieser Länder schon bald durch die im Gefolge der transitorischen Unsicherheit einsetzende Zurückhaltung westlicher Banken auf den Boden der ökonomischen Rationalität geführt.

Das Sondertreffen des Europäischen Rates am 18. November 1989 in Paris brachte den Impuls für die Schaffung einer neuen internationalen Finanzorganisation, die sich die finanzielle Unterstützung der Transformationsprozesse zur Aufgabe machen sollte. Die Verhandlungsdelegationen einigten sich darauf, eine französische Initiative aufzugreifen und eine Entwicklungsbank für Osteuropa zu gründen.²⁸ Gedacht war diese Bank als die „einzige internationale Organisation mit dem Mandat, Demokratien und Marktwirtschaft in der Region aktiv zu fördern.“²⁹

Die in den Gründungsdokumenten der EBRD³⁰ kodifizierte Verpflichtung auf eine politische Konditionalität begründete eine in Selbstdarstellungen oft erläuterte Exklusivität des Anspruchs der Bank mit der Eingrenzung des Empfängerkreises auf Staaten, die die Menschenrechte respektieren, ein Mehrparteiensystem gestatten und freie Wahlen durchführen sowie sich auf

die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung festlegen.³¹

Von Anfang an gab es *Kritik*³² an der Gründung einer neuen multilateralen Finanzorganisation, deren vorgesehenen Funktionen nahezu vollständig bereits von anderen Institutionen ausgefüllt wurden, sie sei eben bloß eine „unnecessary duplication“³³ oder „just another bank“.³⁴

Die EBRD nahm ihre Arbeit offiziell am 15. April 1991 auf. Die 39 Mitglieder der Bank setzen sich aus den OECD-Ländern, anderen westlichen Ländern, Rußland und sieben osteuropäischen Staaten, der Europäischen Investment Bank (EIB) und der EG als Organisation zusammen. Die Bank hat als Kapital 10 Mrd. ECU zur Verfügung, von denen 30 Prozent direkte Einlagen sind und der Rest als Garantie für laufende Projekte dient.

Die EG-Mitgliedstaaten, die EG und die EIB halten zusammen 51 Prozent des Kapitals. Die Bank nahm dann im September 1991 ihre Tätigkeit auf. Bis zur zweiten Jahresversammlung im April 1993 hatte die Bank mehr als zwei Mrd. ECU für fast 90 Projekte zugesagt, jedoch im Unterschied zu IWF und Weltbank nur etwa ein Zehntel dieser Summe ausgezahlt.³⁵

Bereits auf der ersten Jahrestagung der EBRD im April 1992 machte sich ein gravierenderer Konflikt bemerkbar, der an die Diskussion um ein strukturelles Engagement der Treuhandanstalt in Ostdeutschland erinnert: EBRD-Präsident Attali schlug vor, mit zinsvergünstigten Krediten, „soft loans“, die Umstrukturierung osteuropäischer Wirtschaftsbereiche zu unterstützen. Dieser auf eine Sanierung von Staatsbetrieben zum Zwecke der Privatisierung hinauslaufende Vorschlag, mobilisierte den Widerstand des damaligen US-Finanzministers Brady: „Ihr sollt Staatsbetriebe verkaufen statt sie neuzufinanzieren.“³⁶ Dies lag in der Logik der Osteuropapolitik seiner Regierung, die Legionen junger Berater zur lehrbuchgemäßen Einführung der Marktwirtschaft nach Osteuropa entsandte.³⁷

In den Wochen vor der zweiten Jahrestagung der EBRD im April 1993 in London geriet die Bank unter heftigere Kritik. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie bisher für ihre Ausstattung und Miete doppelt so viel ausgegeben habe, wie sie an Mitteln in die Länder Osteuropas vergehen habe – 240 Millionen DM.

Auf der Konferenz in London wurde dann weitere Kritik an der Ausgabenpolitik der Bank und ihres Präsidenten, dem ein „general ethos of prudence“³⁸ fehle, geübt, so daß dieser schon im Juni 1993 seinen Rücktritt ankündigte.

So problematisch diese Entwicklung erscheint, mit einem anderen Banker an der Spitze der Bank das Problem ihres Sinns lösen zu wollen, wäre ein bloß naives Unterfangen. Soll die EBRD zum effizienten kooperationspolitischen Instrument im postkommunistischen Wandel werden, dann sind strukturelle Mängel der EBRD wie die künstliche Trennung des Entwicklungs- und des

kommerziellen Bankgeschäfts und die unzureichende Mittelausstattung ein größeres Hindernis als ein umstrittener Präsident.

Die „Europa-Verträge“

Die mit den ostmitteleuropäischen Reformstaaten 1988 und 1989 abgeschlossenen bilateralen Handels- und Kooperationsabkommen, das PHARE-Programm und die Gründung der EBRD gaben zwar den Beziehungen der EG zu Osteuropa ein neues Gewicht und veränderten sie beträchtlich im Vergleich zur Periode der Ost-West-Konfrontation. In Anbetracht der rasanten Verlaufsformen des historischen Umbruchs und der erheblichen Risiken und Chancen der Transformationsprozesse in Osteuropa, schien die damals „neue“ Ostpolitik mit den Handels- und Kooperationsabkommen als Kern schon nach kurzer Zeit überholt.

Bereits im Vorfeld der Assoziierungsverhandlungen machte die EG das Zustandekommen dieser Abkommen von bestimmten Konditionen abhängig. Das betraf im wesentlichen das Vorhandensein eines repräsentativ-demokratischen Systems, das sowohl eine rechtsstaatliche Ordnung, die Schaffung eines Mehrparteiensystems und freie Wahlen als auch wirtschaftspolitische Liberalisierungsschritte zur Schaffung einer marktwirtschaftlichen Ordnung gewährleisten sollte. Besonderen Wert wurde auf die Achtung der Menschenrechte gelegt. Diese Konditionalität sollte auch in den Abkommen selbst verankert werden. Erstmals in der Geschichte ihrer Assoziierungspolitik verschärfte die EG damit die Konditionalität, indem sie die notwendigen Voraussetzungen für eine engere Anbindung deutlich aussprach und in den Verträgen fest verankerte. Bisher hat es die Gemeinschaft stets vermieden, die politischen Grundsätze ihres Handelns in den Abkommen selbst festzuhalten und so zur offiziellen Meßlatte bei deren Durchführung zu machen.

Am 16. Dezember 1991 wurden in Brüssel die Assoziierungsabkommen zwischen der EG und Polen, Ungarn und der CSFR nach knapp einem Jahr und acht intensiven Verhandlungsrunden unterzeichnet. Die „Europa-Verträge“ entstanden auf der Grundlage des Artikels 238 des EWG-Vertrags. Sie wurden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, wobei sie mit einem Übergangszeitraum von maximal zehn Jahren ausgestattet sind. Die Verträge, obwohl am gleichen Tag unterzeichnet, wurden mit jedem Land einzeln ausgehandelt und berücksichtigen die jeweiligen Besonderheiten. Ein grundlegendes Ziel aller drei Verträge ist die Angleichung der Rechtsvorschriften an das EG-Recht.

Am 16. September 1992 wurden die Assoziierungsverträge mit Polen und Ungarn durch das Europäische Parlament gebilligt. Bisher wurde allerdings das Abkommen mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Repu-

blik wegen der Auflösung der Föderation von der Zustimmung ausgenommen.³⁹

Da sich die „Europa-Abkommen“ auch auf Bereiche erstrecken, für die die Mitgliedstaaten zuständig sind, z.B. die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die kulturelle Zusammenarbeit, sind auch die EG-Mitgliedsländer Vertragspartner. Die Abkommen müssen deshalb für diese Bereiche von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Um Zeitverzögerungen infolge der Ratifizierungsabkommen zu vermeiden, schloß die Gemeinschaft Interimsabkommen⁴⁰ ab, die eine Umsetzung der Verträge bereits zum 1. März 1992 ermöglichten.

Noch in ihrem Entwurf für die „Europa-Verträge“ mit Polen, Ungarn und der CSFR hatte die EG-Kommission die Frage nach einer späteren Mitgliedschaft der Assoziierungspartner in der EG zunächst bewußt offengelassen. Schließlich hatte die Gemeinschaft gerade erst die Beitrittswünsche der Türkei und Österreichs erfolgreich abgewehrt und den EWR als attraktiven Warteraum unterhalb der Beitrittsstufe profiliert.⁴¹

So hatten die ostmitteleuropäischen Staaten sich den Start für ihre „Rückkehr nach Europa“ nicht vorgestellt. Aufgrund des massiven Widerstandes der künftigen Partnerstaaten, insbesondere Polens, gegen diese Absicht der Gemeinschaft, sahen sich die EG-Staaten während der ersten bis dritten Verhandlungsrunde im April 1991 schließlich zu einer Revision ihrer Haltung genötigt. Sie erklärten sich bereit, in die Präambel der Verträge ergänzend den Wunsch dieser Länder nach einem Beitritt zur Kenntnis zu nehmen, ohne jedoch diesbezüglich auf konkretere Verpflichtungen einzugehen.⁴²

Die mit den Assoziierungsabkommen verfolgten Ziele wurden auf Seiten der EG noch vor Abschluß der Verträge recht allgemein formuliert⁴³:

1. Durch die engere Anbindung an den Westen sollte in den entsprechenden Ländern ein Klima geschaffen werden, das politische und wirtschaftliche Reformen begünstigt, wodurch auf der Basis eines gemeinsamen Wertekonsenses Demokratie und Marktwirtschaft in den drei Reformstaaten gefördert werden könnten. Die Assoziationsabkommen waren als Beitrag zum Aufbau einer neuen europäischen Ordnung gedacht.
2. Mit den Abkommen sollte eine beträchtliche Verbesserung des Handels- und Investitionsklimas insbesondere im Bereich der Privatwirtschaft erreicht werden.
3. Die ökonomische Transformation von der Kommandowirtschaft zu einer in die Weltwirtschaft integrierten Marktwirtschaft soll erleichtert werden.
4. Transparenz und Kohärenz der technischen und finanziellen Zusammenarbeit sollen verbessert und deren Anpassung an neue Prioritäten ermöglicht werden.
5. Die Abkommen sollten den gegenseitigen Informationsfluß und die kultu-

relle sowie die außenpolitische Zusammenarbeit befördern.⁴⁴

Die „Europa-Verträge“ mit Polen, Ungarn und der CSFR unterscheiden sich lediglich in Details voneinander, sie weisen mithin die gleiche Struktur auf und können als weitgehend identisch⁴⁵ bezeichnet werden.

Der *erste Abschnitt* befaßt sich als der kürzeste Abschnitt der Verträge mit der Institutionalisierung und den Zielen eines politischen Dialogs. Der zwischen den Vertragsparteien einzurichtende politische Dialog soll ausdrücklich über die Gegenstände der Assoziation hinausgehen und den gesamten Systemwandel begleiten. Die Länder Ostmitteleuropas werden in den Kreis der Länder mit einbezogen, die regelmäßig über die Europäische Politische Zusammenarbeit unterrichtet werden. Die Normierung einer solchen Vereinbarung ist einer der wesentlichen Unterschiede der „Europa-Verträge“ zu anderen Assoziierungsabkommen der EG, in denen der politische Dialog nur den direkten Assoziierungsbereich berührt. Es ist vorgesehen, die neuen Demokratien damit an die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im westeuropäischen Kontext heranzuführen. Das Gremium, in dem der politische Dialog hauptsächlich stattfinden soll, ist der im abschließenden neunten Abschnitt festgehaltene Assoziationsrat, der allgemein für die Implementierung der Abkommen und für alle Fragen zuständig sein soll, die die Vertragsparteien ihm vorzulegen beabsichtigen. Darüberhinaus ist ein Rahmen für den politischen Dialog vorgesehen, der weit über die übliche Ministerebene hinausgeht und die Konstituierung eines beratenden parlamentarischen Assoziationsausschusses vorsieht.

Die allgemeinen Grundsätze des *zweiten Abschnitts* bestimmen, daß die Assoziation eine Übergangszeit von höchstens zehn Jahren umfaßt, die in zwei Stufen von jeweils fünf Jahren gegliedert werden. Während des letzten Jahres der ersten Stufe prüft der Assoziationsrat anhand des erreichten Transformationsstandes den Übergang zur zweiten Stufe. Die Handelsbestimmungen bleiben davon unberührt.

Der umfangreiche und 37 Einzelartikel umfassende handelspolitische Teil der Abkommen beginnt mit dem *dritten Abschnitt*. Als Fernziel wird der bilaterale Freihandel formuliert, differenziert wird dann nach Industriegütern (ohne Textil-, Kohle- und Stahlprodukte), landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Textilien und EGKS-Produkten. Innerhalb dieser Bereiche werden Liberalisierungszeiträume und Ausmaß des Protektionsabbaus sowohl nach den Prinzipien der Asymmetrie als auch nach dem aktuellen Protektionsniveau gestaffelt. Während für die drei anderen Freiheiten – Freizügigkeiten von Personen, freier Austausch von Kapital und Dienstleistungen – die Vorschriften weniger konkret und die Übergangsfristen viel länger sind, hat man für die vierte, die Einführung des freien Warenverkehrs, d.h. die Errichtung einer

Freihandelszone, einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen.

Der Freihandel wird auf *Industriewaren* beschränkt. Bei Industriegüter-einfuhren besteht für die EG die sofortige Pflicht zur Aufhebung noch geltender Mengeneinschränkungen und zur stufenweisen Reduzierung der Zölle innerhalb von fünf Jahren. Unterschiede gibt es in der Länge der Öffnungszeiträume der Wirtschaften der ostmitteleuropäischen Länder gegenüber Industriewarenimporten aus der EG und hinsichtlich des Umfangs der gegenseitigen Zollreduktionen. Zwar waren die EG-Zölle auch in der Vergangenheit nicht hoch, doch schon zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung gab es dabei Unterschiede: so betrug der durchschnittliche Zoll für ungarische Industrieprodukte auf dem EG-Markt 7,3 Prozent, für tschechoslowakische 5,7 Prozent und für polnische 4,7 Prozent. Im Vergleich zu Polen und der CSFR verlängerte Ungarn den Anpassungszeitraum seiner Industrie vor der völligen Öffnung.⁴⁶ Nunmehr hat Polen in sieben Jahren, die Tschechische und die Slowakische Republik in neun Jahren und Ungarn in zehn Jahren die Aufhebung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen aus der EG durchzusetzen.

Auf den ersten Blick sehen die Maßnahmen, die in Richtung Freihandel weisen, recht großzügig aus, allerdings sind aus den Erfahrungen der bisherigen Gemeinschaftspraxis im handelspolitischen Umgang mit Drittländern einige Vorbehalte anzumelden. Es muß beachtet werden, daß der Freihandel für gewerbliche Waren im Rahmen der Abkommen einschränkende Anti-Dumping- und Schutzklauseln unterliegt. Erfahrungen der Türkei⁴⁷ und anderer Assoziierungspartner zeigen, daß diese Schutzklauseln zu einem wirksamen und recht willkürlich gehandhabten Instrument der Handelsbeschränkung durch die Gemeinschaft werden kann.

Problematischer als die Anti-Dumping- und Schutzklauseln gestalten sich jedoch die direkten Handelseinschränkungen. Ausgenommen von den Freihandelsmaßnahmen der Assoziierungsabkommen im Industriegüterbereich sind die Bereiche Kohle, Stahl und Textilien. Für die beiden zuletzt genannten Güterkategorien werden Qualitätslimits aufrechterhalten.

Die sensitiven Sektoren von Textil, Bekleidung, Eisen und Stahl, in denen die EG-Länder schon länger ihre internationalen Marktanteile durch Subventionen inszenieren, sind jedoch gerade jene Bereiche, in denen die Produzenten aus den ostmitteleuropäischen Staaten über traditionelle Vorteile verfügen. Daher erfolgte in diesen Bereichen keine Erleichterung des Zugangs zu den EG-Märkten.

Der Teil der Abkommen, der sich mit dem Bereich der landwirtschaftlichen Güter beschäftigt, bereitete als „*nervus inermis*“ bei den Verhandlungen die

größten Schwierigkeiten. Aufgrund der gemeinsamen Agrarpolitik der EG wurde in diesem Bereich der geringste Anteil an Handelsliberalisierungsmaßnahmen und Konzessionen vorgesehen. Da die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft nicht auf marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, sondern auf protektionistisch ausgerichteten zentralen Entscheidungen beruht, fordern Kritiker seit Jahren die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik.⁴⁸

Die „Europa-Abkommen“ garantieren Polen, Ungarn und der CSFR Handels erleichterungen für die Ausfuhr ihrer gewerblichen Erzeugnisse in die EG. Nach dem Vorbild der Lomé-Abkommen werden die Handels erleichterungen von dem Prinzip der Asymmetrie geleitet. Die Gemeinschaft wird ihre noch bestehenden Handelsbarrieren schneller abbauen als die ostmitteleuropäischen Staaten. Dennoch besteht die Möglichkeit, daß ein zu schnelles Eingliedern der polnischen, ungarischen und tschechoslowakischen Volkswirtschaften in westeuropäische Konkurrenzmechanismen deren Ruin zur Folge haben würde.⁴⁹ Können die Länder des „Visegráder Dreiecks“ den verbesserten Marktzugang überhaupt nutzen?

Dafür ist die bestehende Produktionsstruktur nicht sehr vorteilhaft. Die Produkte dieser Länder entsprachen bisher nicht durchweg dem Qualitätsstandard westeuropäischer Produzenten, ebenso waren die Kosten für die einzelnen Produktionsfaktoren wie Rohstoff und Energie pro Einheit Output wesentlich höher als bei vergleichbaren Produzenten.

Die starke Spezialisierung auf rohstoffintensive Produkte hatte ihren Grund vor allem in den besonderen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion, die bis Ende 1990 die übrigen RGW-Länder in ganz überwiegendem Maße mit Rohstoffen zu vergleichsweise sehr günstigen Konditionen belieferte. Da für Rohstoffe und Energieträger seit Ende 1990 Weltmarktpreise zu entrichten waren, standen die osteuropäischen Staaten bald vor erheblichen strukturellen Anpassungsproblemen. Es erscheint also zumindest zweifelhaft, ob der „goldene Schlüssel“ des verbesserten Marktzugangs allein die Tür zu einem postkommunistischen Entwicklungspfad zu öffnen vermag.

Die in einer Vielzahl von Vertragsanalysen herausgearbeiteten Hauptkritikpunkte an den „Europa-Verträgen“ wurden dennoch zumeist in der nichterfolgten Marktöffnung für sensible Produkte aus den EAC's sowie in der zu knapp bemessenen Schonfrist für ostmitteleuropäischen Industrien gesehen.⁵⁰ Allerdings findet sich diese Einsicht auch in Studien und internen Kommunikationspapieren der EG-Kommission, wodurch die Schwierigkeiten der Politikformulierung der heterogenen Akteurin EG unterstrichen werden. Einige Kritiken heben auch hervor, daß mit den „Europa-Verträgen“ einige Unzulänglichkeiten im Zielhorizont der EG-Ostkooperationspolitik zu vermeiden gewesen wären: Durch die Assoziationen wird die ökonomische

Integration der Volkswirtschaften der assoziierten Länder in die westeuropäischen Märkte nicht wesentlich erleichtert. Trotz des asymmetrischen Abbaus der Handelsschranken sei die EG eher der lang- und kurzfristige Nutznießer der Verträge und nicht die sich in der Transformationskrise befindenden Ökonomien.

Um die Exportanstrengungen der östlichen Reformstaaten bei ihren traditionellen Gütern zu unterstützen, wären größere Zugeständnisse von Seiten der EG unabdingbar. Handelsströme ermöglichen schließlich „exchange earnings“⁵¹, die zur Generierung des notwendigen Wachstums für die Erreichung einer dauerhaften politischen Stabilität unabdingbar sind. Es erscheint fraglich, ob eine Handelsöffnung mit einer Orientierung auf vielversprechende und langfristige „growth areas“ verbunden sein würde. Dennoch ist das kurzfristig die einzige Möglichkeit, „exchange earnings“ größeren Ausmaßes zu erreichen⁵².

Deutlich wird, wie eng die nicht nur durch die Spezifik der ostmittel-europäischen Transformationsprozesse, sondern vielmehr noch durch die Komplexität der innersystemaren Interessenverflechtungen gezogenen Grenzen der heterogenen Akteure in der EG sind, denn die in einer Vielzahl von Kritiken geforderte stringenter Liberalisierungspolitik⁵³ der EG hätte in einzelnen Mitgliedsländern zu heftigen innenpolitischen Turbulenzen geführt. Die EG gerät dabei an die Grenzen ihrer politischen Handlungsfähigkeit⁵⁴. Vereinfachungen in Gestalt bloß binärer Kodierungen der diskutierten Problemverflechtungen sensibilisieren zwar für die Wahrnehmung politischer Problemlösungsblockaden, sind aber in ihrer Reduzierung auf einen transformationspolitischen „spill-over“-Effekt mehr appellativ denn analytisch. Eine vollständige Marktöffnung wäre nur bei gleichzeitiger Reform einer ganzen Reihe von Gemeinschaftspolitiken möglich gewesen und hätte die Interessenverbände einzelner EG-Staaten zu einem stärkeren Widerstand gegen die Verträge motiviert, so daß es gar nicht erst zum Abschluß der Verträge gekommen wäre.

Den aufgezeigten Grenzen der EG-Kooperationspolitik sind noch folgende Aspekte hinzuzufügen, die das kooperationspolitisch Neue an den „Europa-Verträgen“ herausheben und damit die durch diese Abkommen entstandenen neuen Möglichkeiten von Kooperationspolitik aufzeigen:

- 1) Erstmals gelang es angebotsstarken Drittländern „einen Fuß in die Tür zum europäischen Agrarmarkt zu setzen“.⁵⁵
- 2) Die EG wird in vielen noch immer hochsubventionierten Bereichen zunehmend unter den Angebotsdruck der assoziierten Staaten geraten. Insofern wird durch diese Abkommen der Reformdruck in der EG erhöht.
- 3) Die kumulativen Ursprungsregeln stellen einen Anreiz dar, grenzüber-

schreitende Verarbeitungsprozesse zu fördern.

4) Die im Rahmen der drei vorgestellten Regimeelemente ablaufende Finanzierung des Transfers von Humankapital ist in der Geschichte der Beziehungen der EG zu Drittländern einmalig, wobei zu vermerken ist, daß bisher kein anderer Kooperationspartner solche umfangreiche Transferleistungen in Anspruch nehmen konnte.

Die Assoziierungsabkommen machen angesichts der den Reformstaaten abverlangten Anpassungsleistungen deutlich, daß die von den postkommunistischen Ländern angestrebte EG-Mitgliedschaft alles andere als ein bequemer Weg in eine Gemeinschaft ist, die eben nicht als eine „Art von reicher Sowjetunion“⁵⁶ gesehen werden kann. Das bedeutet jedoch, daß sich im Rahmen der Anpassungsleistungen die Interessenstrukturen nationaler Interessengruppen sukzessive verändern.⁵⁷ Eine „Rückkehr nach Europa“ als Ausdruck erfolgreicher Systemtransformation wird durch die Abkommen zunächst nicht entscheidend befördert.

3. Rückkehr durch Inkorporation

„Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“ Art. 237, EWGV

Die in der Präambel der „Europa-Verträge“ auf Wunsch der EG-Kooperationspartner zur Kenntnis genommene Beitrittsoption der ostmitteleuropäischen Staaten wurde zu einem nur schwachen Anreiz und blieb als symbolische Geste vorerst ohne Konsequenzen. Die integrationspolitischen Implikationen dieser Optionalität gehen zumindest nicht über die im EWG-Vertrag vorgesehen Möglichkeiten für Beitrittsinteressenten hinaus, zumal sich die Kooperationspartner auch auf keinen zeitlichen Rahmen einigen konnten. Um viel mehr als eine Klarstellung, daß Artikel 237 des EWG-Vertrages auch auf die Staaten Ostmitteleuropas zutrifft, scheint es sich auch aus der Perspektive politischer Eliten Ostmitteleuropas dabei nicht zu handeln. Das Eingehen der EG auf den Wunsch nach einer eventuellen Mitgliedschaft der assoziierten Länder geschieht dabei überaus reserviert.⁵⁸

Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit angesichts der osteuropäischen Umbrüche eine Fortsetzung der bisherigen Integrationspolitik zu verantworten ist, und ob ein europapolitisches „Weiter-So“ nicht noch größere Risiken auslösen wird. Die unerwartet aufgetauchte und integrationspolitisch spannende Frage ist also, inwieweit eine auch noch in der Spätphase des Ost-West-Konflikts für die Stabilität der westeuropäischen Gesellschaften funktionale

Integrationspolitik zu einem Faktor der Desintegration und Instabilität werden kann.

Die Osterweiterungsdebatte verläuft zwischen den beiden im folgenden kurz zu skizzierenden Diskussionspolen:

Erweiterung als Überwindung der Spaltung Europas

Innerhalb dieses Lösungsansatzes wird davon ausgegangen, daß die ostmitteleuropäischen Jungdemokratien um so schneller stabilisiert werden können, je schneller sie den Status einer EG-Mitgliedschaft erreichen. Dabei stellt die Schaffung eines demokratischen „Gesamteuropa“ einen Gewinn dar, der auch eine vorübergehende Schwächung der derzeitigen Klein-EG aufzuwiegen vermag.⁵⁹

Hinzu kommt, daß ein rascher EG-Beitritt Polens, Ungarns und der CSFR mit beträchtlichen Einflußmöglichkeiten der EG auf die endogene Transformationsdynamik gleichgesetzt wird.

Die zunehmende Interdependenz zwischen den EG-Mitgliedsstaaten, die regelmäßigen politischen Austauschprozesse und eine Reihe transnationaler Kontakte und Netzwerke würden dann auch nach dem Beitritt einen hohen Konvergenzdruck erzeugen, der zur Institutionalisierung der erreichten Transformationserfolge beitragen soll. Dergestalt soll die EG zu einem bedeutenden Stabilitätsanker für die ostmitteleuropäischen Staaten werden.

Demgegenüber läßt sich kritisch anmerken, daß die Ostkooperationspolitik der EG von einer ausgeprägten Konditionalität gekennzeichnet ist, die nicht nur die wirtschaftlichen Hürden eines Beitritts für die ostmitteleuropäischen Länder recht hoch anlegt, sondern auch die Verwirklichung grundlegender demokratischer Rechte zu einer Zugangsbedingung zur EG macht. Die Gründe dafür liegen nicht nur in einer intendierten Unterstützung der politischen Transformationsprozesse in diesen Ländern, sondern sind auch in der EG-internen Entwicklungsdynamik zu verorten: Staaten, die einmal EG-Mitglieder geworden sind, können schwerlich zu demokratischen Reformen gedrängt werden, das geht nur mit Nicht-EG-Mitgliedern. Ein rascher Beitritt würde also mit der Aufgabe einer wesentlichen Einflußmöglichkeit der EG – der politischen Konditionalität – einhergehen.

Bei Beibehaltung der Konditionalität, wäre die in Ostmitteleuropa positiv perzipierte endliche Realisation der lang gehegten Vision einer mit dem EG-Beitritt gleichgesetzten „Rückkehr nach Europa“, mit dem Erfolg der politischen Transformation notwendig verknüpft. Bei einer raschen Aufnahme in die EG würde dieses Motiv nicht länger wirken. Der symbolisch in Aussicht gestellte Beitritt kann insbesondere für die jungen Eliten dieser Länder einen

wichtigen psychologischen Anreiz darstellen.⁶⁰

Gerade die südeuropäischen Erfahrungen werden jedoch angesichts der zügigen Aufnahme dieser Staaten häufig als Beispiel für eine ebensolche Behandlung der ostmitteleuropäischen Staaten angeführt.⁶¹

Dabei ist aber vor einer Überschätzung der positiven Folgen eines EG-Beitritts für rückständige Volkswirtschaften zu warnen, obwohl die Betrachtung der Diskussion osteuropäischer Billigstahl- oder Fischimporte in EG-Staaten zunächst Gegenteiliges verspricht.⁶² So hatte sich die Handelsbilanz Griechenlands, Spaniens und Portugals nach dem Beitritt infolge des einsetzenden Importsogs signifikant verschlechtert. Die Liberalisierungsverluste⁶³ überwogen deutlich die Mittelzuweisungen aus Brüssel. Deutlich wurde insbesondere am Beispiel Griechenlands, daß rückständige Ökonomien mit nur bedingter Beitrittsfähigkeit unter dem steigenden Wettbewerbsdruck des Intra-EG Handels der Gefahr einer Peripherisierung ausgesetzt sind.

Vertiefung als Befestigung des europäischen Stabilitätspols

Eine nicht erweiterte, aber um so entscheidungsfähigere und hochintegrierte EG wird in diesem Lösungsansatz als Entwicklungspol gesehen, der als „Leuchtturm“ seine Wirkung auf die Staaten Osteuropas entfaltet. Durch die Beibehaltung ihres Status als Drittländer erhalten sie nicht die Möglichkeit, die EG-Entscheidungsfähigkeit zu blockieren. Die dergestalt boomende EG würde durch ihre nunmehr unbehelligte Wachstumsdynamik diese Staaten sogartig erfassen, so daß sie durch einem „spill-over“-Effekt ebenfalls zu Nutznießern der Entwicklung würden.

Eine Erweiterung der EG um die ostmitteleuropäischen Länder würde auf eine Konfrontation mit den etablierten Interessenpositionen in der EG, insbesondere im sensiblen Agrarbereich und in anderen traditionellen Sektoren, hinauslaufen. Außerdem würden die bestehenden EG-internen Verteilungskonflikte⁶⁴ nur verschärft. Infolge der geringen Durchschnittseinkommen, den relativ großen Bevölkerungszahlen und der Größe des landwirtschaftlichen Bereichs, würden die Staaten einer Osterweiterung zweifelsohne zu Netto-transferempfängern werden.

In diesem Szenario erscheint die EG nach einer Osterweiterung als nicht viel mehr als eine erweiterte Zollunion mit einem Minimum an Gemeinschaftspolitiken. Angesichts der notwendigen Reformen der EG-Entscheidungsmechanismen wird in dieser Perspektive angeführt, daß jede weitere Erweiterung die Reformfähigkeit der EG beeinträchtigt und eine schnelle Erweiterung der Gemeinschaft zumal gleichzusetzen sei mit der Installierung von Integrationsbremsen, die das gesamte System unterminieren könnten.⁶⁵

Zwischen diesen beiden Polen einer jeweils reinen Vertiefungs- oder Erweiterungsoption als alternativen Entwicklungspfaden, finden sich Doppelstrategien der parallelen und abgestimmten Vertiefung und Erweiterung mit verschiedenen Integrationsdichten.⁶⁶ Dies mag als Ausweichen interpretiert werden, aber hier wird zumindest die hochkomplexe Integrationsdynamik nicht mit dem Purismus der „reinen“ Lösungen konfrontiert.

Ein direkt im Gefolge der Umbrüche stark diskutiertes, inzwischen jedoch durch die Welle von Beitrittsanträgen der EFTA-Staaten und die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes kaum noch beachtetes Konzept sieht die EFTA als eine „sinnvolle Vorkammer“ für zukünftige osteuropäische EG-Mitglieder.⁶⁷ In dem Maße, wie bei den osteuropäischen Staaten Ernüchterung hinsichtlich der bedeckten Haftung der EG einsetzt, erscheint dieses Konzept noch nicht als überholt.

Zunächst stützen sich derartige Vorstellungen auf die Unterzeichnung einer gemeinsamen Kooperationserklärung zwischen der EFTA und der CSFR, Ungarn und Polen am 13. Juni 1990, die die Grundlage für verschiedene Formen der ökonomischen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit legte. Zeitweise wurde 1991 über den Abschluß eines Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der CSFR, Ungarn und Polen nachgedacht, was dann auch die EFTA-Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder zur Folge gehabt hätte. Die Unterzeichnung der „Europa-Verträge“ führte jedoch zunächst zu einer stärkeren Orientierung dieser Staaten auf die EG, so daß auch die von der EG geförderte regionale Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe als „Ost-EFTA“ von Politikern wie V. Klaus zurückhaltend bis ablehnend behandelt wird. In dieser Perspektive erscheint die EFTA als ein EG-Ersatz.

Zu bemerken bleibt, daß die EFTA-Staaten in einem höheren Maße „Anrainerstaaten“ zu den Transformationsstaaten sind als EG-Staaten wie Portugal, Belgien, Großbritannien oder Irland, so daß die Interessenverflechtung stärker bei den EFTA-Staaten zu Reaktionen führen kann. In dem Maße wie sich die EG als nicht in der Lage zeigt, ihre kostspielige Agrarpolitik zu reformieren, werden die Beitrittschürden für die osteuropäischen Beitrittsinteressenten unverändert bleiben, da die Ausdehnung der EG-Agrarpolitik auf Osteuropa als nicht finanzierbar gilt. Aus diesem Dilemma heraus können sich jedoch wieder jene Stimmen mehrten, die eine steigende Attraktivität der EFTA sehen.⁶⁸ Es erscheint also durchaus so, daß nicht nur die Frage der EG-Erweiterung offen ist, sondern daß auch der EFTA durch die osteuropäischen Umbrüche noch eine Öffnung ihrer Perspektive bevorstehen kann.

Zunehmend finden sich jedoch in der europapolitischen Diskussion um das „Wie“ einer „Rückkehr nach Europa“ Vorschläge, die den Gedanken einer Inkorporation aufgeben und aus der Analyse der sich kumulierenden transitorischen Chaospotentiale den Schluß ziehen, daß mit einem entwicklungs-politischen Hilfsprogramm am ehesten ein Stabilitätsbeitrag zu erbringen sei.

Aus der sich in Osteuropa entfaltenden Transformationskrise wird mit geringfügigen Ausnahmen darauf geschlossen, daß diese Länder die Strukturprobleme „traditioneller“ Entwicklungsländer teilen werden.⁶⁹ Die Kosten einer Ausdehnung der Entwicklungspolitik auf Ostmitteleuropa werden dabei weitaus geringer veranschlagt, als die auf die EG im Falle einer Inkorporierung dieser Staaten oder beim Scheitern der Transformation zukommenden Kosten.

Eine „Rückkehr nach (West-) Europa“ in Gestalt eines EG-Beitritts steht daher nicht zur Diskussion. Jedoch wird insbesondere hinsichtlich der ostmitteleuropäischen Region die Schaffung einer beispielhaften „Stabilitätszone“ vor dem in den Nachfolgestaaten der UdSSR anwachsenden Chaospotential vorgeschlagen. Durch die Verbindung der „Europa-Verträge“ mit umfangreichen finanziellen Hilfsprogrammen zur Stabilisierung des Systemwandels wäre die Schaffung einer solchen Zone möglich. Ein solches westliches finanzielles Hilfspaket im ökologischen, infrastrukturellen und bildungs-politischen Bereich, wird im Rahmen eines westlichen „Solidarpaktes“⁷⁰ vorgeschlagen. Allerdings ist der Charakter solcher Vorschläge stark appellativ. Ein derartiger „Solidarpakt“ müßte gegen die strukturelle Kurzsichtigkeit westlicher Industriegesellschaften durchgesetzt werden. Die spannende Frage des Zustandekommens und der Implementierung der Hilfsmaßnahmen im Rahmen eines solchen Paktes⁷¹ bleibt angesichts der zu erbringenden Umverteilungsleistungen ein Anathema der Diskussion der stark normativ geprägten Entwürfe.

4. Rückkehr durch regionale Zusammenarbeit: Die Visegrád-Kooperation

Polen, Ungarn und die CSFR hatten mehr als drei Jahrzehnte unter von der Sowjetunion diktierten Bedingungen im Warschauer Pakt und im RGW zusammengearbeitet. Daher war es verständlich, daß diese Länder im Verlaufe des Umbruchs zunächst in einem kompetitiven Verhältnis die Annäherung an die EG suchten. Dies war wohl auch Ausdruck des Wunsches, den sowjetischen Einflußbereich zu verlassen.

Rasch brachen zahlreiche Wirtschaftskontakte der ostmitteleuropäischen Staaten im Rahmen der RGW-Auflösung zusammen. Allein Polens Handel mit der CSFR fiel 1990 vom dritten auf den fünften Platz zurück, und der

Handel mit Ungarn sank innerhalb nur eines Jahres von 1989 auf 1990 um 40 Prozent. Die drei Länder entzogen sich dabei wechselseitig ihre traditionellen Märkte⁷², so daß die nationalen Exportsektoren infolge des Mangels an ausreichender Kompensationsmöglichkeiten durch ein Ausweichen auf internationale Märkte beträchtliche Absatzeinbußen zu verzeichnen hatten. Durch diese regionale Desintegration verstärkte sich die interne Transformationskrise noch zusätzlich.⁷³

Erst 1991 gelang es, diesen Rückgang zu stoppen. Zusätzliche Schwierigkeiten bereitete die Umstellung des gegenseitigen Handels vom Transferrubel auf konvertierbare Währungen. Auch daß die Stärken der drei Volkswirtschaften im wesentlichen auf den gleichen Gebieten lagen, war nicht dazu geeignet, die Rivalitäten unter den neuen Bedingungen zu überwinden.

Allerdings wurde bereits während der Verhandlungen zu den Assoziierungsverträgen deutlich, daß diese Staaten nicht nur mit gemeinsamen Transformationsproblemen konfrontiert sind, sondern daß sie auch gegenüber der EG bei einer gemeinsamen Verhandlungsstrategie eine größere Durchsetzungskraft besitzen, wenn sie sich nur auf gemeinsamen Positionen einigten.

Der Verlust großer Teile des Handels der ostmitteleuropäischen Staaten mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, legte einen Ausbau der regionalen Handelsbeziehungen nahe. Bereits Ende Januar 1990 reagierte der tschechoslowakische Präsident Havel, indem er eine engere Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern anregte. Zu dieser Zeit strebten alle drei Länder eine enge Bindung an die EG an und sahen in den jeweils anderen eher Konkurrenten als Verbündete. Im Verlauf der für die drei Länder eher enttäuschend verlaufenden Verhandlungen mit der EG kam es dann zu engeren Kontakten. Es fanden Gespräche – das erste im April 1990 in Bratislava – über die Einbindung der Staaten in die westeuropäischen Strukturen statt, und es wurde beschlossen die Schritte auf dem Weg zur Integration in die westeuropäischen Strukturen zu koordinieren.

Der wichtigste Entwicklungsschritt innerhalb des Rahmens der Dreiecksbeziehung zwischen Polen, Ungarn und der CSFR vollzog sich am 15. Februar 1991. In Visegrád unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der drei Staaten eine gemeinsame politische Erklärung über ihre zukünftige Kooperation zum Zwecke der besseren Integration in die EG⁷⁴. Es entstand die Bezeichnung „Visegráder Dreieck“ für die drei Länder. Deutlich wurde bereits bei der Gründung der Visegrád-Kooperation, daß sie nicht zur regionalen Integration, sondern als Vehikel für einen schnellen EG-Beitritt dienen sollte.

Das Jahr 1991 brachte einen erheblichen Durchbruch in der Dreiecks-kooperation, wobei Erfahrungen, die während der Verhandlungen zu den Assoziierungsverträgen mit der EG gesammelt wurden, wesentlich dazu beitragen. Dennoch sollten die Chancen einer solchen Kooperation nicht überbewertet werden, schließlich hat jeder Staat der „Visegrád-Kooperation“ ein spezifisches Eigeninteresse, den „Wettlauf in die EG“ ohne regionale Rücksichten auch gegen die Visegrád-Partner zu forcieren.

Die beginnende Etablierung einer Freihandelszone zwischen den Staaten des „Visegráder-Dreiecks“ markiert dennoch einen wichtigen Schritt in Richtung regionaler Kooperation. Das Abkommen regelt zwar eigentlich nur den schon bilateral in den Assoziierungsverträgen mit der EG erreichten Handelsbarrierenabbau für die Länder untereinander. Das gemeinsame Ziel „EG-Mitgliedschaft“ wird jedoch dabei zu einer Triebkraft für die regionale Integration zwischen den drei Staaten und bildet zugleich den Rahmen für die zukünftige Kooperationsmöglichkeiten. Die EG ist es auch, die die Forderung nach einer engeren regionalen Kooperation immer wieder auf die Tagesordnung setzt.⁷⁵

Die sich in den Visegrád-Staaten durchaus verschieden gestaltenden Transformationsabläufe beeinflussen zugleich die Perzeption der Kooperationsperspektive: da die Tschechische Republik die scheinbar besten Voraussetzungen für eine schnelle Annäherung an die EG hat, greifen dort auch stärker als anderswo Bedenken gegen eine stärkere regionale Kooperation der ostmitteleuropäischen Staaten untereinander. Die Reserviertheit gegenüber einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit geht mit der Angst vor einer regionalen Ost-EFTA als EG-Ersatz einher.⁷⁶

Die Verbesserung des kooperationspolitisch rauhen Klimas im „race to join“ Europe⁷⁷ zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten wird aber zweifels-ohne als einer der Indikatoren des Erfolgs oder Mißerfolgs der „Rückkehr nach Europa“ genommen werden müssen.

5. Der Platz im Hinterhof

Die kommunistischen Länder Ost- und Ostmitteleuropas wurden nach einer Welle konvergenztheoretischer Interpretationen und bis zum Ende des Ost-West-Konflikts oftmals den entwickelten Industrienationen zugerechnet.⁷⁸ Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks begann sich jedoch relativ rasch die Erkenntnis durchzusetzen, daß man die osteuropäischen Volkswirtschaften stark überschätzt hatte. Es wird in politischen Statements immer wieder betont, daß die Gesellschaften sowjetischen Typs nicht zu den Entwicklungsländern im klassischen Sinne gehören, gegenwärtig aber auch schon nach Ein-

schätzung von EG-Beratern ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Problemen wie diese gegenüberstehen.⁷⁹

In Osteuropa wurde das „Einholen und Überholen“ des Westens bereits vor dem Zusammenbruch der Einparteiherrschaft als erstrebenswert angesehen. Da die Transformationsprobleme als Ergebnis zurückgebliebener oder politisch verlangsamter und deformierter Entwicklung⁸⁰ aufgefaßt werden können, treten hinsichtlich der transformationspolitischen Herausforderungen und der kooperationspolitischen Antwort der EG Problemlösungsstrategien „nachholender Modernisierung“ in den Vordergrund.⁸¹

Spätestens in der vergleichenden Perspektive wird deutlich, daß „Modernisierung“ nicht deterministisch zur Erreichung der angestrebten Modernität führt. Die diesbezüglich geführte Diskussion um eine „Lateinamerikanisierung“⁸² Osteuropas unterstreicht diese Möglichkeit.⁸³

Die seit Mitte der achtziger Jahre laufenden lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse weisen zwar nicht die bereits geschilderten Spezifika der osteuropäischen Transformationsprozesse auf, sie führten aufgrund der Schwäche demokratischer Institutionen und ökonomischer Dauerkrisen dennoch bisher nicht zu stabilen Demokratien, so daß für das lateinamerikanische Entwicklungsmuster zyklische Pendelbewegungen, „from authoritarian rule to democracy and vice versa“ in einem „recurrent crisis model“⁸⁴ kennzeichnend sind. Die Gefahr einer solchen Pendelbewegung scheint auch in Osteuropa virulent zu sein.

Die unterminierenden Effekte der Implementation marktwirtschaftlicher Reformen schwächen sowohl im lateinamerikanischen wie auch im osteuropäischen Kontext die repräsentativen Institutionen. In Osteuropa gibt es jedoch weniger zu schwächen als in Lateinamerika, da die zu schwächenden Institutionen sich in Osteuropa erst herausbilden. Signifikante Produktionseinbrüche und die Zunahme der Arbeitslosenzahlen werden von sich überschlagenden Inflationsraten begleitet. Der Abbau planwirtschaftlicher Institutionen geht nicht mit dem gleichzeitigen Aufbau marktwirtschaftlicher Institutionen einher, so daß ein institutionelles Vakuum entsteht.

Die technokratische Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen droht am durch die sozialen Kosten bedingten Widerstand und Protest zu scheitern. Daher sind die Regierungen der betroffenen Länder versucht, durch Konzessionen an sich organisierende gesellschaftliche Gruppen eine soziale Basis zu gewinnen. Damit wird aber zugleich der Erfolg der notwendigerweise umverteilenden Reformen gefährdet.⁸⁵

Bei aller Verschiedenheit der in Lateinamerika und Osteuropa überwundenen Systeme bieten sich der zentralisierte und durch ineffiziente Verwaltungen schwache Staat sowie der Klientelismus zum Vergleich der Erfolgs-

bedingungen des Wandels an, wobei die hochsubventionierte Wirtschaft in Osteuropa in einem stärkeren Maße von monopolistischen Unternehmen beherrscht wird.⁸⁶

Trotz der Herausbildung von demokratischen Institutionen zur Konfliktregulierung verschärft sich die konservierende Wirkung von Demokratisierung auf die wirtschaftlichen Strukturreformen: Der Widerstand der Transformationsverlierer formiert sich und nutzt die errungenen Freiheiten zur Verhinderung äußerst schmerzhafter Reformen.⁸⁷ Autoritäre Krisenarrangements sind in Ostmitteleuropa nicht nur vor dem Hintergrund einer dichotomisierenden Betrachtungsweise zu diskutieren, die weitgehende Demokratisierung mit erfolgreicher Modernisierung gleichsetzt und alle anderen Möglichkeiten mit pejorativen Konnotationen ehies zum Scheitern verurteilten Weges versieht.

Die gegenseitige Erzeugung von postkommunistischen Verhältnissen und anomischem Verhalten kann nur mit den in transitorischen Situationen auch vorfindlichen kulturellen Ressourcen konsensual durchbrochen werden. Einerseits sind Populismus und Nationalismus Ressourcen, die als eigene Kräfte⁸⁸ dieser Gesellschaften zur Befreiung aus dem Transformationssumpf angesehen werden können. Andererseits kann das Mobilisierungspotential dieser kulturellen Ressourcen nicht auf Populismus und Nationalismus reduziert werden: Mit einer solchen Aktivierung „vormoderner“ Ressourcen zum Zwecke nachholender Modernisierung, kann kurzfristig das Interessendilemma dieser Gesellschaften zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen der Bevölkerung und den vorherrschenden marktradikalen Werthaltungen aufgelöst werden. Die krisenhafte Entwicklung der Transformation wird so symbolisch ventiliert und damit vorübergehend entschärft.⁸⁹ Damit läßt sich jedoch kein Modernisierungsautoritarismus in Anlehnung an die erfolglosen lateinamerikanischen Entwicklungsdiktaturen begründen. Gerade die postkommunistische Schwäche intermediärer Institutionen in einer etatisierten Gesellschaft zeigt auf die bei solchen Arrangements vorhandene Gefahr erneuter Etatisierung und mithin eines Steckenbleibens der Gesellschaften im Transformationssumpf:

Angesichts der lateinamerikanischen Erfahrungen muß der Zusammenhang von ökonomischer Krise und der Instabilität des politischen Systems als evident anerkannt werden, schließlich fiel die oben beschriebene Pendelbewegung immer in Zeiten der sich verschärfenden ökonomischen Krise stärker aus.⁹⁰ Von den Gemeinsamkeiten der in Lateinamerika wie in Osteuropa implementierten Liberalisierungs- und Strukturanpassungsprogramme wird auf ähnliche politische Verlaufsformen geschlossen; die lateinamerikanische Erfahrung ist dergestalt relevant für Osteuropa. Die Lateinamerikanisierungsdebatte kann allerdings auch als Reaktion auf optimistische Versuche einer

Übertragung der südostasiatischen Liberalisierungserfahrungen auf Osteuropa⁹¹ verstanden werden.

Vor dem Hintergrund der Lateinamerikanisierungsdebatte bleibt die Ambivalenz der Übertragung von Erfahrungen aus der „Dritten Welt“ für die historisch singulären Transformationsprozesse in Osteuropa festzuhalten.⁹²

Die in beiden Regionen laufenden Demokratisierungsprozesse weisen in Osteuropa eine spezifische Parallelität der Entstehung von Parteiensystem und intermediären Institutionen auf. Wo in Lateinamerika die im Hintergrund oder im Exil existierenden Parteien „nur“ legalisiert werden mußten, konnten die oppositionellen Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa nach ihrer Legalisierung nur kurze Zeit als konsensstiftendes Parteienäquivalent wirken. Im Prozeß der Entstehung eines Parteiensystems dienen diese nunmehr als personeller und ideeller Legitimitätspool. Die Nichtexistenz einer einheimischen Unternehmerschicht in den Gesellschaften sowjetischen Typs, bzw. die Existenz einer aufsteigenden Unternehmerschicht aus der Praxis der „Nomenklatura-Privatisierung“ als Übertragung informeller Machtnetzwerke in die neuen Strukturen, verweist auf die Grenzen des Vergleichs⁹³. Das Nichtvorhandensein grundlegender ökonomischer Institutionen einer marktgesteuerten Ökonomie unterscheidet die Gesellschaften sowjetischen Typs grundlegend von Lateinamerika, zentral Märkte auch in Netzwerke sozialer Beziehungen eingebettet sind⁹⁴, die als eine wesentliche Voraussetzung des Verbände- und Parteiensystems angesehen werden können. In Osteuropa sind diese Netzwerke anders als in Lateinamerika erst im Entstehen begriffen bzw. beharrend trotz dem staatssozialistischen Kontext zuzuordnen. Auch die Notwendigkeit eines soziokulturellen Wandels zur Überwindung der „learned helplessness“⁹⁵ erscheint in Osteuropa als Abkehr von den habituellen Dispositionen des paternalistischen Versorgungsstaates, der in Lateinamerika in dieser Form unbekannt ist. Zumindest in Ostmitteleuropa existiert ein sich allerdings schnell aufbrauchender Anfangskonsens über die Notwendigkeit von ökonomischer Liberalisierung, der als wesentlich ausgeprägter⁹⁶ als in vielen Entwicklungsländern eingeschätzt werden kann. Nicht zu vernachlässigen ist auch die noch geringere Einkommensungleichheit in den Gesellschaften sowjetischen Typs, die als Merkmal geringerer sozialer Differenzierung die Schwäche der intermediären Institutionen mit begründet.

Die Lateinamerikanisierungsdebatte vermag somit zwar auf Probleme aufmerksam zu machen, sie ist aus den genannten Gründen jedoch unterkomplex, denn sie unterschätzt die beträchtlichen soziopolitischen und sozioökonomischen Unterschiede zwischen den Wandlungsprozessen in Osteuropa und Lateinamerika.⁹⁷

In folgenden möchte ich noch auf zwei für die weitere Entwicklung der

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

ostmitteleuropäischen Transformationsprozesse entscheidende Unterschiede zu vergleichbaren Umbrüchen eingehen:

Die *Gleichzeitigkeit* der verschiedenen sich gegenseitig bedingenden und beeinflussenden wirtschaftlichen und politischen Systemumbrüche führt zu einer labyrinthischen Struktur des Wandels, wenn nicht schon durch diese historisch singuläre Parallelität ein Scheitern der im Falle der südeuropäischen Jungdemokratien erfolgreichen Modernisierung im Horizont des Möglichen erscheint.⁹⁸

Die *geographische Nähe* zur EG als einer wirkmächtigen Akteurin im internationalen System, erlaubt die eingangs herausgestellte Interessenverflechtung als Ressource zum Ausbau des kooperationspolitischen Engagements der EG herauszustellen. Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa unterscheidet sich von vergleichbaren Politiken etwa gegenüber den AKP-Staaten schließlich auch dadurch, daß den Visegrád-Ländern „as Europeans“⁹⁹ der Vorteil der Position an der Peripherie Westeuropas zufällt. Was in Osteuropa ein Grund zur *Hoffnung* auf ein stärkeres kooperationspolitisches Engagement der EG sein mag, impliziert in den Staaten Westeuropas ein folgenreiches Interesse an der Entwicklung von Demokratie und Prosperität in Osteuropa.¹⁰⁰

Die Staaten Ostmitteleuropas sind ihrerseits bemüht, diese exklusive Ressource der geographischen Nähe produktiv zu machen, d.h. sie sind interessiert:

- a) an einem weitgehend ungehinderten und gegenüber Konkurrenten aus der „Dritten Welt“ möglichst privilegierten Zugang zu den Märkten der EG;
- b) an einer inneren und äußeren Stärkung der Glaubwürdigkeit ihrer Reformpolitik. Die Verpflichtung zur Liberalisierung bindet die Hände der Regierungen. Den Forderungen einheimischer Interessengruppen nach einer Aufweichung der Reformprogramme kann unter Hinweis auf externe Bindungen wie etwa vertraglichen Verpflichtungen zur sukzessiven Marktöffnung und der kodifizierten Übernahme von Teilen des EG-Vertragsrechts begegnet werden¹⁰¹;
- c) finanzielle und technische Mitverantwortung der EG für den Reformprozeß zu erreichen;
- d) die EG zu einer vertraglichen Garantie für ihre Absatzchancen in Konkurrenz zu den hochsubventionierten westeuropäischen Anbietern zu bringen;
- e) die Voraussetzungen für eine volle EG-Mitgliedschaft in absehbarer Zeit zu schaffen.

Die im Rahmen des Vergleichs der osteuropäischen Umbrüche mit den lateinamerikanischen Demokratisierungen problematisierte Möglichkeit ei-

ner Peripherisierung ließe sich vor dem Hintergrund der erfolgreichen Integration der südeuropäischen Staaten in die EG alternativ diskutieren. Zwar gibt es dort beträchtliche Unterschiede zwischen dem spanischen Erfolgsmodell und dem griechischen Entwicklungsweg, jedoch ist diesen postautoritären Staaten ein evolutionäres und von Rückschlägen oder gar von Pendelbewegungen der geschilderten lateinamerikanischen Art freies Entwicklungsmodell gelungen.

Wenn es möglich ist, diese Unterschiede u.a. mit der Rolle der externen Akteurin EG zu erklären, dann wird die Kooperationspolitik der EG zum entscheidenden Einflußfaktor bei der „Rückkehr nach Europa“. Der von den Rückkehrenden einzunehmende Platz mag ein anderer sein, als der von ihnen erwünschte. Nicht nur die Kooperationspartner der EG werden mit der neuen Vielfalt des multipolaren Europa umzugehen haben. 1989 wurde in Osteuropa eine Epoche abgewählt. Die »Neuwahlen« laufen noch und lassen die Zukunft der europäischen Integration in einem unerwarteten Spannungsgefüge erscheinen.

- 1 D. N. Nelson, Europe's unstable East, in: Foreign Policy, 1991, no 82, S. 137-158.
- 2 Vgl. C. Jakobeit/A. Yenal (Hrsg.), Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993.
- 3 „I see no grounds for the future of Bulgaria, Hungary, or Poland to be different from that of Argentina, Brazil, or Chile.“ Adam Przeworski, The „East“ Becomes the South? The „Autumn of the People“ and the Future of Eastern Europe, in: Political Science & Politics, vol. 24, no 1, 1991, S. 23.
- 4 Gowan problematisiert die „Weimar conditions in many of these countries“: S. Gowan, Old medicine, new bottles: Western Policy toward East Central Europe, in: World Policy Journal, Winter 1991/1992, S. 1.
- 5 Vgl. C. Offe, Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe, in: Social Research, vol. 58, 1991, no 4, S. 865-892.
- 6 Vgl. J. Fijalkowski, Das Migrationsproblem in Europa, in: C. Jakobeit/A. Yenal, Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 613-633.
- 7 Vgl. dazu: M. Welfens, Systemtransformation und die Umweltproblematik in Ost- und Mitteleuropa, in: Osteuropa Wirtschaft, vol. 37, 1992, no 2, S. 148-163; F.-C. Matthes, Umweltpolitik in Osteuropa, in: Vierteljahresberichte. Problems of International Cooperation, no 128, Juni 1992, S. 127-137.
- 8 Vgl. U. Weißburger, Die ökologischen Probleme in Osteuropa und Möglichkeiten zu einer Ost-West-Kooperation im Umweltbereich, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, 1991, no 38, S. 159-169, S. Palinkas, Ost-West-Kooperation im Energie- und Umweltbereich. Probleme und Aussichten, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 1991, no 3, S. 154-166.
- 9 Vgl. u.a. S. J. Flanagan, NATO and Central and Eastern Europe: From Liaison to Security Partnership, in: The Washington Quarterly, Spring 1992, S. 141-156.
- 10 Vgl. O. Thränert (Hrsg.), Die EG auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Studie Nr. 52 der Abteilung Außenpolitikforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.
- 11 Jowitt schlägt vor, „that a form of liberal authoritarianism like the bourgeois regimes of

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- nineteenth-century Western Europe is a desirable alternative to the religio-ethnic, militant nationalist, even fascist regimes that might emerge from the malstrom; and a more practical response than the utopian wish for immediate mass democracy in Eastern Europe." K. J. Witt, *New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkeley 1992, S. 305.
- 12 Optimistische Einschätzungen der Wettbewerbsvorteile osteuropäischer Reformstaaten gehen davon aus, daß der Handel Osteuropas mit dem Westen in den nächsten Jahren „could increase up to fivefold“ C. B. Hamilton/L. A. Winters, *Opening up International Trade with Eastern Europe*, in: *Economic Policy. A European Forum*, April 1992, S. 78.
 - 13 Vgl. dazu G. Vobruba, *Eigennützige Hilfe. Nachholende Modernisierungsprozesse und Interessenverflechtungen zwischen West und Ost*, in: S. Nissen, (Hrsg.), *Modernisierung nach dem Sozialismus*, Marburg 1992, S. 195 und S. Haggard/B. A. Simmons, *Theories of International Regimes*, in: *International Organization*, vol. 41, 1987, no 3, S. 491.
 - 14 Zu bedenken bleibt dennoch Kohler-Kochs Kritik, wonach das bisher vorliegende Interdependenzkonzept keine theoretischen Ansatzpunkte für eine Aussage über die kooperative oder gewalttätige Form des Konfliktaustrags bereitstellt. B. Kohler-Koch, *Interdependenz*, in: V. Rittberger, *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 1990, S. 125.
 - 15 Zürn modifizierte den Beckschen Begriff und sprach von der „world risk society“. Im Kontext der hier interessierenden Interdependenzen wäre es angemessen von einer „European risk society“ zu sprechen. Vgl. M. Zürn, *What has changed in Europe? The Challenge of Globalization and Individualization*, Paper prepared for a meeting in Copenhagen, May 14-16, 1993, S. 31.
 - 16 Vgl. H. Müller, *Die Chance der Kooperation. Regime in den Internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1993, S. 164.
 - 17 Zur spieltheoretischen Modellierung von Entscheidungsdilemmata wie „Prisoners' Dilemma“ vgl. u.a.: R. J. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, 1984, S. 64 ff. R. Axelrod, *The Evolution of Cooperation*, New York, 1984, S. 12.
 - 18 Vgl. die vielzitierte Krasnersche Fassung: „Regimes can be defined as sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations. Principles are beliefs of fact, causation, and rectitude. Norms are standards of behavior defined in terms of rights and obligations. Rules are specific prescriptions or proscriptions for action. Decision-making procedures are prevailing practices for making and implementing collective choice.“ S. D. Krasner, *International Regimes*, London, 1983, S. 2. Vgl. S. Haggard/B. A. Simmons, *Theories of international regimes*, in: *International Organization*, vol. 41, 1987, no 3, S. 491-517 und F. V. Kratochwil/J. G. Ruggie, *International Organization: a State of the Art on an Art of the State*, in: *International Organization*, vol. 40, 1986, no 4, S. 753-775.
 - 19 Vgl. u.a.: D. Rodrik, *Making Sense of the Soviet Trade Shock in Eastern Europe: A Framework and Some Estimates*, CEPR Discussion Paper no 705, London 1992; J. M. C. Rollo/A. Smith, *The Political Economy of Central European Trade with the European Community: Why so sensitive?*, in: *Economic Policy*, April 1993, S. 140-181.
 - 20 Vgl. EG-Kommission, XXIII. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1989, Brüssel/Luxemburg 1990, Ziff. 786.
 - 21 Vgl. Commission of the European Communities, *Programme of Assistance for Economic Restructuring in the Countries of Central and Eastern Europe: The PHARE-Compendium of Projects approved by October 1992 and Programme of Assistance for Economic Restructuring in the Countries of Central and Eastern Europe, The PHARE programme for Privatisation & Restructuring in Central & Eastern Europe*, Brussels, September 1992.
 - 22 Vgl. u.a.: *Together in Europe – EC Newsletter for Central and Eastern Europe*, 1992, Nr. 2, S. 4-7 und PHARE, *Basic Information*, Commission of the European Communities, Brussels, Mai 1993, S. 9-79.

- 23 Die EG orientierte nach der Anlaufphase auf einen „clear focus on the prime vocation of PHARE which is to support the process of transformation from a centralised command economy to one based on market forces. Hence the emphasis on ‚core‘ aspects of the reform process, notably the restructuring and privatisation of public enterprise, the modernization of financial services, the promotion of the private sector and the development of labour market mechanisms.“ Commission of the European Communities, Second Annual Report to the Council and the European Parliament on the Implementation of Community Assistance to the Countries of East and Central Europe (PHARE) in 1991, Brussels, May 1993, S. 5.
- 24 Übereinstimmung besteht „on the importance of promoting, in the context of aid programmes, the development of civil society through the involvement of intermediate non-state bodies, associations and organizations with a view to assisting in the overall process of economic and political reform.“ Commission of the European Communities, Second Annual Report to the Council and the European Parliament on the Implementation of Community Assistance to the Countries of East and Central Europe (PHARE) in 1991, Brussels, May 1993, S. 6. Siehe dazu auch das „PHARE Democracy Programme“ mit einer Summe von 5 MECU, das u.a. eine interne Dezentralisation und demokratische Strukturen in Parteien und Gewerkschaften befördert und Kontakte westeuropäischer mit ostmitteleuropäischen NGO's fördert.
- 25 Vgl. PHARE, Basic Information, Commission of the European Communities, Brussels, May 1993, S. 123-125.
- 26 Vgl. zu den bisherigen Programminhalten: Commission of the European Communities. Programme of Assistance for Economic Restructuring in the Countries of Central and Eastern Europe, The PHARE COMPENDIUM of projects approved by October 1992.
- 27 „PHARE is sometimes driven more by the needs of consultants than by the needs of the country.“ E. Juhasz, zitiert in: „EC aid to the east – Good intentions, poor performance“, in: The Economist, 10. April 1993, S. 22.
- 28 Vgl. G. Graham, France to press proposals for European Development Bank, in: Financial Times, 1. Dezember 1989.
- 29 SZ-Interview mit Jaques Attali, in: Süddeutsche Zeitung, 9. April 1992.
- 30 Vgl. I. F. Shihata, The European Bank for Reconstruction and Development. A Comparative Analysis of the Constituent Agreement. London u.a. 1990.
- 31 Vgl. D. R. R. Dunnett, The European Bank for Reconstruction and Development, in: Common Market Law Review, 1991, no 28, S. 576.
- 32 Vaclav Klaus formulierte aus der Sicht der jungen politischen Eliten Osteuropas eine der bisher deutlichsten Kritiken am Anspruch der Bank. Die EBRD wurde in dieser Perspektive gegründet: „as a purely political undertaking, pushed through by the European Community, which has a majority shareholding in the bank.“ V. Klaus, „Reluctant banker run to ground“, in: Financial Times, 19. Juli 1993.
- 33 R. Davididi, From the CMEA to the „Europe Agreements“: trade and aid in the relations between the European Community and Eastern Europe, in: Economic Systems, vol. 16, 1992, no 2, S. 284.
- 34 V. Klaus, „Reluctant banker run to ground“, in: Financial Times, 19. Juli 1993, siehe jedoch den Vergleich mit anderen Entwicklungsbanken bei: D. R. R. Dunnett, The European Bank for Reconstruction and Development, in: Common Market Law Review, 1991, no 28, S. 571-597.
- 35 Zusätzlich zur Tätigkeit der EBRD hat die Europäische Investitionsbank (EIB) ihre Investitionstätigkeit auch auf Polen, Ungarn und die CSFR ausgedehnt. Die EG bürgt für diese Darlehen. Bis Ende Dezember 1992 hat die EIB für die ostmitteleuropäischen Länder, Rumänien und Bulgarien Darlehen über insgesamt 1,7 Mrd. ECU vorgesehen. Vgl. Kommission der EG: EG-Osteuropa, Hintergrundinformation/12, Juni 1992, S. 2.
- 36 „Zweifel am marktwirtschaftlichen Auftrag der Osteuropabank“, in: Süddeutsche Zeitung, 18./19./20. April 1992.

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- 37 Vgl. „Überberatung in Osteuropa“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1993.
- 38 R. Peston, *Weighty dossier on EBRD cost over-run*, in: *Financial Times*, 17. Juli 1993.
- 39 Vgl. EG-Kommission, XXVI. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1992, Brüssel/Luxemburg 1993, Ziff. 746, S. 262.
- 40 Vgl. „The European Parliament approves the Interim Agreements on Association“, in: *Together in Europe*, 1st February 1992, S. 3.
- 41 Vgl. u.a. J. v. Scherpenberg, *EG-Binnenmarkt und europäische Drittländer: Zu den Perspektiven des Europäischen Wirtschaftsraumes*, in: J. Nötzold (Hrsg.), *Europa im Wandel: Entwicklungstendenzen nach der Ära des Ost-West-Konflikts*, Baden-Baden 1990, S. 57-91.
- 42 Vgl. C. Maier, *Die „Europa-Verträge“ der EG mit der CSFR, mit Polen und Ungarn*, in: *Gegenwartskunde*, vol. 41, 1992, no 1, S. 17-30.
- 43 Vgl. Commission of the European Communities, *EC-Eastern Europe Relations, Background Brief*, Brussels, 11.06. 1991, S. 12.
- 44 Vgl. dazu auch: B. Lippert, *Assistance to post-Communist Countries through EC Association and Accession: the Case of Poland*, Background paper, Eurokolleg Conference on East Enlargement of the European Community, Warsaw, Nov. 16-19, 1992.
- 45 Vgl. *Together in Europe – EC Newsletter for Central and Eastern Europe*, no 1, 1992, S. 2. Dort werden auch die geringfügigen Unterschiede der Vertragstexte diskutiert: Während Polen und die CSFR als Transformationsökonomien dastehen, legte Ungarn Wert darauf „to present itself as a market economy“.
- 46 Vgl. A. Inotai, *Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten*, in: *Integration*, vol. 15, 1992, no 1, S. 25-35.
- 47 Vgl. ausführlicher hierzu: H. Kramer, *Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft*, Baden-Baden 1988.
- 48 Vgl. D. G. Johnson, *European Community Integration and East European Agriculture*, in: *Economic Systems*, vol. 15, 1991, no 2, S. 295-307.
- 49 J. Nötzold, *Osteuropa: Auch wirtschaftlich auf dem „Weg nach Europa“?* in: C. Deubner (Hrsg.), *Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa*, Baden-Baden 1991, S. 105.
- 50 Vgl. J. Rollo/A. Smith, *The Political Economy of Central European Trade with the European Community: Why so sensitive?*, in: *Economic Policy*, April 1993, S. 140-181.
- 51 Vgl. J. M. C. Rollo, *Association Agreements between the EC and the CSFR, Hungary and Poland: A half empty glass?*, *The Royal Institute of International Affairs*, London 1992, S. 17.
- 52 Vgl. J. M. C. Rollo/J. Stern, *Growth and Trade Prospects for Central and Eastern Europe*, in: *The World Economy*, vol. 15, 1992, no 5, S. 654-656.
- 53 „Closed Western markets increase pressure for (illegal) emigration from East to West and greater political tensions in the East; the latter in turn could engender a political hostility in the SUEE [Soviet Union and Eastern Europe, F.G.], and call forth authoritarian regimes hostile to the market economy and unable to tackle the pressing problems of efficiency, stability and equity. In that scenario we would all lose.“ C. B. Hamilton/L. A. Winters, *Opening up international trade with Eastern Europe*, in: *Economic Policy*, April 1992, S. 104.
- 54 Vgl. J. B. de Weydenthal, *EC Keeps Central Europe at Arm's Length*, in: *RFE/RL Research Report*, vol.2,1993, no 5, 29. Januar 1993, S. 29-31.
- 55 R. J. Langhammer, *Die Assoziierungsabkommen mit der CSFR, Polen und Ungarn: wegweisend oder abweisend?*, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 182, März 1992, S. 35.
- 56 So R. Klimova, die ehemalige tschechoslovakische Botschafterin in den USA, über die unrealistischen Erwartungen gegenüber dem Westen. Zitiert bei: J.R. Wedel, *The Unintended Consequences of Western Aid to Post-Communist Europe*, in: *Telos*, Summer 1992, S. 132.
- 57 Interessengruppen „at the domestic level increasingly have „regime interests““. S. Haggard/B. A. Simmons, *Theories of international regimes*, in: *International Organization*, vol. 41, 1987,

- no 3, S. 517.
- 58 Eine Öffnung der EG nach Osten geschieht dabei „while preserving the Community’s own autonomous development.“ European Commission Guidelines on the Future of Relations between the EC and Central and Eastern Europe, in: „EUROPE“/Documents no 1814, Brussels, 9. 12. 1992, S. 6.
- 59 Huffschnid beklagt dabei, daß sich die EG nur noch mit sich selbst beschäftige und daß auch das Vertragswerk von Maastricht den „Beitritt eines osteuropäischen Landes in diesem Jahrhundert praktisch definitiv ausschließt.“ J. Huffschnid, Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas? Plädoyer für eine andere Integrationspolitik der EG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, vol. 37, 1992, no 3, S. 325.
- 60 „A greater sense of belonging to the process of European integration will reduce feelings of insecurity and consequent tensions in the region, with gains for overall security and cooperation in Europe. „Communication by the Commission to the Council, in view of the meeting of the European Council in Copenhagen, 21-22 June 1993, „Towards a closer Association with the Countries of Central and Eastern Europe“, Brussels, Mai 1993, S. 2.
- 61 Vgl. A. Inotai, Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: Integration, vol. 15, 1992, no 1, S. 31.
- 62 Vgl. u.a. „Osteuropas Stahlindustrie drängt in die EG“, in: Süddeutsche Zeitung, 8./9. April 1993.
- 63 Vgl. die Studie von H. J. Axt, Europäische Gemeinschaft: Osteuropa ante portas. Lehren aus der Süderweiterung für EG und Beitrittskandidaten, in: Südosteuropa, 40. Jg., Heft 6, 1991, S. 283-306.
- 64 Allerdings sind die in der Ostkooperationspolitik der EG verhandelten Summen insofern zu relativieren, als beispielsweise die 2 Mrd. ECU die den 140 PHARE-Beamten derzeit jährlich zur Verfügung stehen, im Rahmen des EG-Agrarfonds in 10 Tagen ausgegeben werden. Vgl. Commission of the European Communities, Second Annual Report to the Council and the European Parliament on the Implementation of Community Assistance to the Countries of East and Central Europe (PHARE) in 1991, Brussels, May 1993, S. 16.
- 65 Ohne „fundamental changes in its institutional system, such a development would lead inevitably to an enlarged EC that is totally unworkable.“ H. Kramer, The European Community’s Response to the „New Eastern Europe“, in: Journal of Common Market Studies, vol. 31, 1993, no 2, S. 239.
- 66 Zu den Verfechtern eines solchen Konzepts gehört in der Logik der Strategie des Wandels durch Annäherung auch Egon Bahr: E. Bahr, „Das Chaos fräße bald auch den Westen. Plädoyer für eine Ost-Erweiterung der EG in Form konzentrischer Kreise“, in: Süddeutsche Zeitung, 12. Januar 1993.
- 67 Vgl. T. Pedersen, EFTA-Staaten, in: W. Weidenfeld/ W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 375-382.
- 68 „EFTA membership would be beneficial in its own right, but it is also probably the shortest route to participating in the European Economic Area and joining the Community.“ R. Baldwin, An Eastern Enlargement of EFTA: Why the East Europeans should join and the EFTAs should want them, CEPR Occasional Paper no 10, Genf, o.J. (1992), S. 2.
- 69 Die ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften sind „threatened with becoming permanently developing countries (PDCs), i.e. economies that have never really grown up.“ J. Winiacki, CPE’s Structural Change and World Market Performance: A Permanently Developing Country (PDC) Status?, in: Soviet Studies, vol. 41, 1989, no 3, S. 374. Riese schreibt ihnen den „Status von Entwicklungsländern“ zu: H. Riese, Transformationsprozeß und Stabilisierungspolitik, in: B. Gahlen u. a. (Hrsg.), Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Eine Zwischenbilanz, Tübingen 1992, S. 139.
- 70 Vgl. zur den Ansätzen eines solchen Solidarpaktes: M. Dauderstädt/M. Domitra/M. Ehrke,

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- Solidariät mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe, in: Vierteljahresberichte, Problems of international Cooperation, Sonderheft, Dezember 1992, S. 133-151. F. Bomsdorf u.a., Die Risiken des Umbruchs in Osteuropa und die Herausforderungen für die Europäische Gemeinschaft. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1993, S. 70ff.
- 71 Weidenfeld/Huterer schlagen eine Gesamteuropäische Aufbauorganisation zur Planung, Koordinierung und Kontrolle der Hilfe vor: W. Weidenfeld/M. Huterer, Osteuropa: Herausforderungen – Probleme – Strategien, Gütersloh 1992, S. 90-94.
- 72 Vgl. dazu ausführlicher: J. M. van Brabant, Renewing Economic Cooperation in Eastern Europe and Foreign Assistance, In: Economic Systems, vol. 15, 1991, no 2, S. 243-264.
- 73 Vgl. R. Daviddi, From the CMEA to the „Europe Agreements“: trade and aid in the relations between the European Community and Eastern Europe, in: Economic Systems, vol. 16, 1992, no 2, S. 274. Eine andere Begründung der Visegrád-Probleme negiert den Interdependenzansatz und sieht die Folgen der moskauzentrierten RGW-Horizontale: „Les économies des trois pays ne sont pas complémentaires...“ E. Kulesza-Mietkowski/S. Mietkowski, Europe centrale: quelle cohésion?, in: politique étrangère, vol. 58, 1993, no 1, S. 110.
- 74 Vgl. K. Okolicsanyi, The visegrad Triangle's Free-Trade Zone, in: RFE/RL Research Report, vol. 2, no 3, 15. Januar 1993, S. 19-22.
- 75 Die EG „will continue to press the countries of Central and Eastern Europe to establish close economic and trade relations among themselves...“ Communication by the Commission to the Council, in view of the meeting of the European Council in Copenhagen, 21-22 June 1993, „Towards a closer Association with the Countries of Central and Eastern Europe“, Bruxelles, Mai 1993, S. 2.
- 76 Die britische Bremserrolle in der EG wird in der Visegrád-Kooperation eher von den Tschechen übernommen: „Visegrád ne nous concerne pas. Il s'agissait d'un processus créé par les Occidentaux de façon tout à fait artificielle.“ V. Klaus in: Le Figaro, 8 janvier 1993.
- 77 R. L. Tökés, From Visegrad to Kraków: Cooperation, Competition, and Coexistence in Central Europe, in: Problems of Communism, 1991, no 6, S. 110.
- 78 Für diese Misperzeption sei stellvertretend eine 1977 für das NATO-Hauptquartier erarbeitete Studie genannt, in der die Entwicklung des Ostblocks zu einer „economic superpower“ für möglich gehalten wurde: J. S. Hardt, Soviet Economic Capabilities and Defense Resources, in: G. Kirk/N. H. Wessell (Hrsg.), The Soviet Threat: Myths and Realities, Proceedings of the Academy of Political Science, New York 1978, S. 134.
- 79 Die EG reagiert darauf auch administrativ, indem bisher mit Entwicklungspolitik befaßte Beamte der DG VIII, in der für Außenpolitik zuständigen DG I nunmehr die Hilfsprogramme für Osteuropa (TACIS, PHARE etc) planen. Interview mit Simon Homer von der Generaldirektion VIII der EG-Kommission am 6. 10. 1993 in Brüssel.
- 80 Vgl. K. Müller, ‚Modernising‘ Eastern Europe, in: Archives Européennes de Sociologie, vol. 33, no 1, 1992, S. 151-179.
- 81 Vgl. u.a. J. Habermas, Die nachholende Revolution. Frankfurt a.M. 1990, S. 180ff.; R. Bendix, Modernisierung in internationaler Perspektive, in: W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels. Königsteil/Ts. 1979, S. 505-512.
- 82 „Most of the Eastern Europe of the future is likely to resemble the Latin America of the recent past more than the Western Europe of the present.“ K. Jowitt, New World Disorder. The Leninist Extinction, Berkeley 1992, S. 300.
- 83 Vgl. B. A. Misztal, Must Eastern Europe follow the Latin American way?, in: Archives Européennes de Sociologie, vol. 33, no 1, 1992, S. 151-179. Ein früherer Bezug findet sich bei: A. Fishlow, The East European debt crisis in the Latin America mirror, in: International Organization, vol. 40, no 2, 1986, S. 392-411.
- 84 A. Agh, The ‚Comparative Revolution‘ and the Transition in Central and Southern Europe, in:

- Journal of Theoretical Politics, vol. 5, 1993, no 2, S. 232, vgl. auch L. Whitehead, *International Aspects of Democratization*, in: G. O'Donnell/P. C. Schmitter/L. Whitehead, *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore 1986, S. 10.
- 85 Vgl. dazu ausführlicher: A. Przeworski, *Democracy and the Market. Political and economic Reform in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 181.
- 86 Vgl. A. Przeworski, *Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo*, in: *Transit*, 1990, Heft 1, S. 208.
- 87 Przeworski schlußfolgerte „we cannot avoid the possibility that a transition to democracy can be made only at the cost of leaving economic relations intact, not only the structure of production but even the distribution of income“ A. Przeworski, *Some Problems in the Study of the Transition to Democracy*, in: G. O'Donnell/Ph. Schmitter/L. Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore 1963, S. 63.
- 88 Vgl. M. Tatur, *Die Bedeutung der ‚etatistischen Gesellschaft‘ in Polen für die soziologische Theorie*, in: *Leviathan*, vol. 19, no 2, 1991, S. 303.
- 89 Vgl. J. Staniszkis, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa*, in: Deppe, R./Duijiel, H./Rödel, U., *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt a.M. 1991, S. 303.
- 90 „Whenever there has been a recession or depression in Latin America, the political systems of the area have dissolved into chaos as well, not just particular regimes but the whole system of rule“ H. J. Wiarda, *The Democratic Revolution in Latin America*, New York 1990, S. 170-71.
- 91 Vgl. G. Eichler/S. Engler, *Atlantic Council of the United States. Task Force on Comparable Experiences: Economic & Political Reforms: Comparable Experiences for Central & Eastern Europe. Policy Paper*, o.O., October 1991.
- 92 Bereits 1989 prognostizierte Winiacki diese Entwicklung: „Whatever the merits of these strategies under the more liberalised market-type conditions found in an increased number of LDC's they are obvious non-solutions in the case of the ... hopelessly distorted CPE's. For the time being, at least, the latter are going to remain permanently developing countries (PDC's) severely constrained in their attempt to return to the normal development pattern.“ J. Winiacki, *CPE's Structural Change and World Market Performance. A Permanently Developing Country (PDC) Status?* in: *Soviet Studies*, vol. 41, 1989, no 3, S. 380.
- 93 Vgl. u.a. A. Przeworski, *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 159.
- 94 Vgl. M. Granovetter, *Economic action and social structure: The problem of embedness*, in: *American Journal of Sociology*, vol. 91 1985, S. 481-510.
- 95 L. Kolarska-Bobinska, *Civil Society and Social Atomy in Poland*, in: *Acta Sociologica*, vol. 33, 1990, no 4, S. 280.
- 96 Vgl. J. M. Nelson, *The Politics of Economic Transformation. Is Third World Experience Relevant in Eastern Europe?*, in: *World Politics*, vol. 45, 1993, no 3, S. 448.
- 97 „Under state socialism there were no private property rights, no civil society, no party systems, and social divisions were not very pronounced. Latin American countries ... all had capitalist and democratic pasts and even under authoritarian rule had managed to preserved, to a greater or lesser degree, some democratic institutions.“ B. A. Miział, *Must Eastern Europe follow the Latin American way?*, in: *Archives Européennes de Sociologie*, vol. 33, no 1, 1992, S. 154.
- 98 „The interaction between the democratization of the polity and the marketization of the economy presents a specific problem and creates an additional dimension of conflicts and tensions which are largely absent in classical transitions from authoritarian regimes.“ G. Ekiert, *Democratization Processes in East Central Europe: A Theoretical Reconsideration*, in: *British Journal of Political Sciences*, vol. 21, 1991, no 3, S. 310f.
- 99 R. Barre/W. H. Luers/A. Solomon/K. J. Ners, *Moving Beyond Assistance. Final report of the IEWS task force on western assistance to transition in the Czech and Slovak Federal Republic, Hungary and Poland*. Institute for EastWest Studies, New York u.a., 1992, S. 16.

Die Kooperationspolitik der EG in Ostmitteleuropa

- 100 „Geography is indeed the single reason to hope that Eastern European countries will follow the path to democracy and prosperity. There is no place in Europe today for nondemocratic politics: democratic institutions are a sine qua non for any country that seeks to become a member of this community. „ A. Przeworski, *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 190.
- 101 Vgl. R. J. Langhammer, *Die Assoziierungsabkommen mit der CSFR, Polen und Ungarn: wegweisend oder abweisend?*, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 182, März 1992, S. 6. Allein Polen muß im Zuge der Rechtsangleichung an die EG 200 Gesetze neu schaffen oder neu formulieren. Vgl. „Für Polen ist der Weg nach Europa noch weit“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5./6. Januar 1993.